

Die Glaubwürdigkeit der Entwicklungspolitik, so läßt sich abschließend sagen, hängt also davon ab, daß sie sich als Interessenpolitik versteht, als Realpolitik, um den klassischen deutschen Begriff zu verwenden. Sie muß den Begriff des Interesses erweitern und qualifizieren, damit sichtbar wird, daß Entwicklungspolitik ein politisches und wirtschaftliches Gesamtinteresse darstellt. Sie muß sichtbar machen, daß, die Entfaltungsrechte der Dritten Welt zu berücksichtigen identisch ist mit der Förderung der

Entfaltungsinteressen der Bundesbürger. Sie muß nachweisen, daß die Norm im Interesse aller liegt, und sie muß auf diese Weise bewirken, daß sie realisiert wird. Entwicklungspolitik versteht sich dann als Bestandteil einer Außenpolitik, die demokratisch ist nicht nur in der Anlage ihrer Entscheidungsprozesse, sondern auch und gerade in der Verteilung der in ihr vermittelten Werte. Darin liegt ihre Glaubwürdigkeit und also auch ihre Chance.

Ernst-Otto Czempiel

Interview

Was sind die Grundlagen christlich-demokratischer Politik?

Ein Gespräch mit Richard von Weizsäcker

Die Diskussion innerhalb der CDU über die Ausarbeitung eines Grundsatzprogramms fällt mitten in die öffentliche Auseinandersetzung über die Grundwerte als Ausgangs- und Bezugspunkt sittlich-politischen Handelns. Über diesen Zusammenhang und über die Gewichtung der Grundwerte innerhalb der Union sprachen wir mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU Bundestagsfraktion und Vorsitzenden der Programmkommission, Dr. Richard von Weizsäcker. Im Mittelpunkt des Interviews steht dabei die Frage nach dem Menschen-, Gesellschafts- und Staatsbild bei der Union und die Rolle des Christlichen für seine Begründung und für die politische Praxis der Partei nach außen und nach innen. Die Fragen stellte D. A. Seeber.

HK: Herr von Weizsäcker, die Union bzw. die CDU scheint es nicht nur besonders schwer zu haben, zu gemeinsamer Aktion in konkreten politischen Tagesaufgaben zu kommen; sie tut sich auch schwer, ihre Politik grundsätzlich zu formulieren. Dies zeigt u. a. die bisherige Diskussion zum Entwurf eines Grundsatzprogramms. Steckt dahinter nicht die noch grundlegendere Schwierigkeit für die CDU, überhaupt eine Partei, also mehr zu sein als ein Wahlverein von widersprüchlich artikulierten Interessen?

von Weizsäcker: Eine große Partei hat das berechtigte und gut demokratische Bestreben, durch Wahlkämpfe die Mehrheit zu erringen. Richtig ist, daß sie dabei immer wieder in die Gefahr geraten kann, sich selbst als bloße Wahlkampforganisation mißzuverstehen. Bei der Formu-

lierung von Grundsätzen machen die meisten Schwierigkeiten diejenigen, die der Meinung sind, eine parteiinterne Auseinandersetzung über ein Grundsatzprogramm beeinträchtigt die Mehrheitsfähigkeit. Dagegen gibt es weniger Hemmnisse bei denen, die gegensätzliche Interessen und Standpunkte innerhalb der Partei vertreten und um ihre Klärung bemüht sind.

HK: Ein entscheidender Vorwurf geht dahin, die Programmdiskussion mache die Gegensätze innerhalb der Partei nur sichtbar, werde sie aber nicht klären...

von Weizsäcker: Diesen Vorwurf müssen wir sehr ernst nehmen. Ein Grundsatzprogramm lohnt sich in der Tat nur dann, wenn wir unterschiedliche Standpunkte klären. Der Weg dorthin ist aber in Angriff genommen, wie mir scheint, bei guter Aussicht auf Erfolg.

„Pragmatische Politik heißt doch nicht auf Nachdenken und Grundlagen verzichten“

HK: Konsens in den Grundsätzen ist aber Voraussetzung dafür, daß eine Partei mehr ist als eine mehr schlechte als rechte Ausbalancierung von politischen und auch vorpolitischen Interessen.

von Weizsäcker: Die Union ist in der Tat mehr. Soweit bei der grundsatzpolitischen Diskussion Gegensätzlichkeiten hervortreten, sollte man sich darüber im klaren sein,

daß sie nicht durch den Programmentwurf produziert, sondern nur sichtbar werden. Die Auseinandersetzungen haben demnach die Aufgabe und das Ziel der Klärung. Diese Klärung kommt freilich nicht dadurch zustande, daß Grundsätze unverbindlich sind, hoch über den Wolken schweben und nichts bedeuten.

HK: Das wirft man der bisherigen Programmarbeit vor ...

von Weizsäcker: Ich lese natürlich mit Aufmerksamkeit alles, was kritisch dazu gesagt wird. Nur verstehe ich nicht, wie ein Programmentwurf unverbindlich sein kann, wenn dennoch ein erheblicher Streit über seinen Inhalt entsteht. Streit entsteht doch offenbar deshalb, weil man ziemlich verbindliche Konsequenzen mit dem verbindet, was im Entwurf steht, und diese Konsequenzen entweder bejaht oder fürchtet.

HK: Man kann sehr wohl über Einzelaussagen zu Staat und Gesellschaft, zur sozialen Marktwirtschaft usw. streiten und trotzdem das Ganze unverbindlich finden. Aber in der Union scheint es weiterhin eine große Grundstimmung zu geben, die mit Programmdiskussionen wenig anzufangen weiß. Diese Stimmung ist in der CSU trotz des Vorsprungs in der Programmverabschiedung sogar noch ausgeprägter als in der CDU. Pragmatismus und Union, das sind gleichsam Synonyme.

von Weizsäcker: Dagegen wehre ich mich gar nicht. Pragmatische Politik heißt doch nicht auf Nachdenken und Grundlagen verzichten, sondern pragmatische Politik heißt, mit dem eigenen Programm eine orientierende Marschroute auf der Grundlage gültiger Werte anzugeben, ohne sich dabei ideologisch zu fixieren; sonst würde man die notwendige Bereitschaft zu Kompromissen verlieren. Ideologische Fixierung führt zur Rechthaberei, zur Unfähigkeit für eine demokratische Politik. In diesem Sinne habe ich Pragmatismus immer als eine notwendige Wohltat verstanden.

HK: Pragmatismus scheint bei der Union zunehmend noch eine andere Schlagseite zu haben. Man sagt zwar meist: während in beiden Koalitionsparteien, früher stärker bei der SPD, jetzt auch in der F.D.P., harte Flügelskämpfe aufgrund ideologischer Gegensätze ausgetragen würden, gehe es bei der Union um persönliche Rivalitäten, um pragmatische Gegensätze im strategischen Bereich oder um Führungsprobleme. Werden aber strategische und Führungsprobleme nicht auch hochgezüchtet, weil es an Übereinstimmung im Grundsätzlichen zwischen Konservativen, Wirtschaftsliberalen und Christlich-Sozialen fehlt. Ist die Situation in der Union im Verhältnis zu der der Koalitionsparteien im Grunde nicht gleicher, als man es sich selbst eingesteht, nur eben mit mehr „Pragmatismus“ überdeckt?

von Weizsäcker: Diese Meinung teile ich nicht. Die parteiinternen Auseinandersetzungen bei der Union und bei

der SPD sind nicht vergleichbar. Innerhalb der SPD wird für oder gegen ideologische Positionen gekämpft. Es wird damit um die demokratische Kompromiß- und also Handlungsfähigkeit gerungen. Der CDU sind solche ideologischen Kampffelder fremd. Über Instrumentierung und Dosierung der politischen Mittel wird bei uns natürlich gestritten. Aber das ist normal und deutet gerade nicht auf fundamentale oder ideologische Gegensätze hin. Es ist eher umgekehrt: Dort, wo es handfesten praktischen Streit gibt, hilft eine ernsthafte Beschreibung und Konkretisierung des Verständnisses vom Menschen und der Grundwerte weiter. Denn diese Fundamente werden nicht in Zweifel gezogen und sind in bezug auf ihre Folgen für die Politik durchaus hinreichend verbindlich.

„Würde die Partei in eine bestimmte Flügelrichtung gezogen, gefährdete dies ihren geschichtlichen Auftrag“

HK: Könnte letztlich die Sprengwirkung des Programms nicht dennoch größer sein als dessen Fähigkeit zur Integration?

von Weizsäcker: Das ist theoretisch nicht ausgeschlossen, praktisch sehe ich es umgekehrt. Die Diskussion, die wir zur Zeit über den Entwurf führen, wird sehr nachhaltige Änderungen bringen und damit eine ausreichend klärende Wirkung haben. Dazu gehört freilich: daß wir uns der politischen Konsequenzen aufgrund eines gemeinsamen Menschenbildes vergewissern.

HK: Die Gegensätze liegen aber gar nicht mal so sehr im Menschenbild oder im weltanschaulichen Bereich, sondern im Verständnis von Staat, Wirtschaft und Demokratie oder – vordergründiger – einfach in der Art, Politik zu betreiben: von rechts oder aus der Mitte.

von Weizsäcker: Das sehe ich anders. Gewiß, Ausgangspunkt der Diskussion ist nicht ein allgemeiner Bereich von Weltanschauung. Sondern wir haben uns mit konkreten schwierigen Problemen auseinanderzusetzen: Wie steht es mit der Zukunftsplanung angesichts der technologischen Möglichkeiten und Entwicklungen? Wie sieht es mit der Energie aus? Welche Folgen hat das für die Beschäftigungskrise? Wie sollen wir auf die demographische Entwicklung reagieren? Diese und andere langfristigen Probleme führen zunächst zu unterschiedlichen Lösungsmodellen. Aber wenn man von dort aus zu den Grundsätzen vorstößt, nach dem Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung fragt und sich die Konsequenzen klarmacht, dann werden die Meinungsunterschiede bei den praktischen Lösungsvorschlägen geringer und nicht größer.

HK: Ist das das wirkliche Problem der Union? Besteht nicht eher der Eindruck, es gebe einen sich verstärkenden Trend, die Union weiter nach rechts zu rücken, als es einer Volkspartei der Mitte, die ja auch auf die Wählerschaft ge-

rade aus der Mitte angewiesen ist, guttut, und daß Klagen über Führungsschwäche, über Strategieprobleme und personelle Rivalitäten diesen Trend nur notdürftig verdecken?

von Weizsäcker: Es gibt immer personelle Rivalitäten und unterschiedliche Mentalitäten. Aber es gibt in den Unionsparteien auch eine gesicherte Erfahrung und Überzeugung: Die Union ist die erste große Volkspartei in der deutschen Parteiengeschichte. Ihre integrierende Kraft der Mitte begründete ihren Erfolg. Würde ein Flügel oder eine Führung diese Position nach außen verschieben wollen, so würde dies den geschichtlichen Auftrag dieser Partei gefährden und ihren politischen Erfolg zerstören. Manch einer wandelt gelegentlich so, als habe er das vergessen oder noch nicht begriffen. Aber wer wirklich führen will, weiß es und handelt entsprechend. Deswegen sehe ich die Gefahr einer Richtungsänderung nicht.

„Die Bibel ist kein Nachschlagewerk für Politiker“

HK: Der Bestand einer Volkspartei hängt von der Solidität der verbindenden und integrierenden Klammern ab. Ist das „C“, das die einen, voran Helmut Kohl, seit Jahren wiederzubeleben versuchen, das andere aber eher genießlich finden oder jeweils so adaptieren, daß es dem eigenen konservativen, autoritären oder wirtschaftsliberalen Standort nicht wehtut, noch eine solche Klammer? Man hat den Eindruck, auch der Entwurf für ein Grundsatzprogramm halte sich in der Beziehung eher zurück.

von Weizsäcker: Das „C“ ist nicht Klammer, sondern Verpflichtung. Die Diskussion über die Bedeutung des „C“ ist nach meiner Überzeugung der zentrale Punkt bei der Auseinandersetzung über ein Grundsatzprogramm. Klar ist, daß wir keine geoffenbarte Glaubenswahrheit als politisches Programm verkünden wollen. Das würde dem Charakter der Volkspartei widersprechen, und es würde auch keine Basis im Evangelium haben. Christus hat ja kein politisches Programm und kein Lehrgebäude verkündet. Er sagt nicht: das ist die Wahrheit; sondern: ich bin die Wahrheit; d. h., er deutet auf ein Verhalten hin. Dies Verhalten hat aber ohne Frage Konsequenzen für das Leben und infolgedessen auch für die Politik.

HK: Das scheint aber manchen, denen am „C“ besonders liegt, zu wenig zu sein. Gerade weil Christus Verhalten vermittelt, verstehen sie die Bibel auch unmittelbar als Programm für politisches Handeln. Ein liebenswerter Kollege aus dem Südwesten, der zudem noch feststellte, im Entwurf zum Grundsatzprogramm finde sich „zuviel Weizsäcker und zuwenig Blüm“, kritisierte jüngst im „Spiegel“ u. a. den Passus des Programmentwurfs, in dem es heißt: „Aus christlichem Glauben läßt sich kein bestimmtes politisches Programm ableiten“, und formulierte statt dessen als das genaue Gegenteil: „Aus dem Glauben läßt sich ein allgemeines politisches Programm ableiten“,

was dann wohl das Programm der Sozialausschüsse wäre...

von Weizsäcker: Eine sachliche Differenz zu personalisieren ist ein journalistisches Vergnügen, aber deshalb noch nicht eine klärende Erleuchtung. Immerhin, die Absicht des von Ihnen zitierten Kritikers Franz Alt, nach den Konsequenzen des christlichen Glaubens für die Politik und damit auch im Grundsatzprogramm der CDU zu fragen, halte ich für völlig berechtigt. Wer aber aus christlichem Glauben ein bestimmtes politisches Programm ableitet, der wird Veränderungen oder Kompromisse kaum ertragen. Er wird andere Meinungen bekämpfen müssen, weil sie ja nicht gegen Verstand und Urteil, sondern gegen den Glauben selbst verstoßen. Kurz, er gerät in die Gefahr der Ideologisierung. Was ich meine ist dies: Wir können in der Bibel nicht nachlesen, welche konkrete Entscheidung zu einem bestimmten politischen Problem wir zu fällen haben. In diesem Sinne ist das Christentum nicht ein politisches Programm. Die Bibel ist kein Nachschlagewerk für Politiker. Aber das Verhalten, das Christus fordert, hat Konsequenzen für das Leben der Menschen und damit auch politische Konsequenzen. Ich glaube, das wird am deutlichsten bei dem besonders wichtigen und, wie ich meine, schwierigsten der drei Grundwerte, von denen wir ausgehen, nämlich bei der Solidarität. Solidarität ist ja gerade nicht das, was sie in der politischen Geschichte zunächst einmal wurde, nämlich Ausdruck einer Kampfgemeinschaft gegen andere Gruppen. Solidarität ist nach dem Verständnis, wie ich es von dem „C“ ableite, die Aufgabe, gerade wegen der Gegensätze, die zwischen mir und meinem Nächsten oder zwischen der einen und der anderen Gruppe in der Gesellschaft oder zwischen dem hochindustrialisierten und dem unterentwickelten Staat bestehen, zusammenleben und zusammenarbeiten zu lernen. Und das muß, wenn wir die Verpflichtung des „C“ ernst nehmen, auch im Verhalten untereinander und gegenüber Dritten deutlich zum Ausdruck kommen. Die Programmdenbatte darf sich diesem Thema keineswegs entziehen.

„Wenn das ‚C‘ im Verhalten der Partei verblaßt, geht das die Kirchen unmittelbar an“

HK: Hätten hier nicht auch die Kirchen ein kritisches Wächteramt gegenüber den Parteien und besonders gegenüber den „C“-Parteien?

von Weizsäcker: Nach meiner Überzeugung haben sie es. Es ist doch zwingend für die Kirchen, daß sie sich für die Bedeutung und Behandlung des „C“ durch eine große Partei interessieren, zumal wenn diese es in ihrem Namen trägt. Dabei geht es nicht um Parteinahme im engeren Sinn durch die Kirchen. Auch dürfen und können die Kirchen den Parteien natürlich nicht die Verantwortung in der Politik abnehmen. Aber wenn Grund zur Sorge besteht, daß das „C“ im Verhalten der Partei verblaßt – und diese Sorge

muß man ernst nehmen –, dann geht das die Kirchen un-mittelbar an. Denn es betrifft ihre ureigenste Sache. Es gibt nicht zwei verschiedene „C“.

HK: Nach einer langen und unter dem Druck verschiede-ner Tendenzwenden sich verfestigenden Tradition der Nachbarschaft der Kirche zu den Unionsparteien – für die exakte Beschreibung fehlt nur das rechte deutsche Wort, Italiener sprechen in dem Zusammenhang gern von Kollateralismus, also von Seite an Seite – scheint jedenfalls in meiner Kirche wenig Lust und Drang nach kritischer Be-gleitung zu bestehen. Man fühlt sich wohl zu sehr zuge-hörig, so daß man sich mehr oder weniger auf die Abru-fung von Ergebnissen in der politischen Auseinanderset-zung beschränkt, aber sich weniger Gedanken um die christliche „Qualität“ der Unionsparteien macht...

von Weizsäcker: Ich möchte mir ein Urteil in bezug auf die katholische Kirche nicht anmaßen. Aber ich glaube nicht, daß es dem Verständnis beider Kirchen entsprechen würde, wenn sie nur Ergebnisse abriefen, die ihren Vor-stellungen entsprechen, sich im übrigen aber von den Konsequenzen des christlichen Namens dort, wo er aus-drücklich politisch in Anspruch genommen wird, gar nicht berührt fühlten. Gerade die Auseinandersetzung über ein Grundsatzprogramm bietet Anlaß für die Kirchen, sich um das „C“ zu kümmern. Dabei sehe ich die Solidarität im Vordergrund. Sie zielt auf konkretes Verhalten. Gerade weil es so schwer zu verwirklichen ist, bedarf es unserer beson-deren Anstrengung. Wenn die ganze Programmdiskussion nichts anderes als die erneute Aufmerksamkeit dafür er-reichen würde, hätte sie schon einen guten Sinn gehabt.

HK: Der Appell an die Kirche dürfte aber die Partei selbst nicht davon dispensieren, zu klären, welches „C“ eigent-lich gemeint ist bzw. welche politischen Folgerungen ab-geleitet oder möglicherweise auch unterdrückt oder mit Absicht verschwiegen werden. Der Programmentwurf sagt „Politik aus christlicher Verantwortung“. Kurt Bie-denkopf beschränkte das „C“ auf den Satz von der Gott-unmittelbarkeit des Menschen, die das Individuum dem Zugriff des Kollektivs entzieht, als Motiv einer freiheitli-chen Politik. Damit kann man einen Steinzeitliberalismus oder auch anderes begründen. Der Bonner evangelische Systematiker Martin Honecker will das christlich-demo-kratische „C“ auf das Historisch-Christliche gegenüber dem Fundamental-Christlichen als Aufgabe der Kirche und dem Personal-Christlichen als Lebensaufgabe be-schränken. Bei Franz Joseph Strauß wird aus dem Histo-risch-Christlichen als christliches Traditionsgut das kon-servativ interpretierte Traditionsgut europäischer Geistes-geschichte. Sie selbst betonen unter dem Stichwort Soli-darität sehr stark das Personal-Christliche als Impuls politischen Handelns und Verhaltens. Also welches Christ-liche gilt eigentlich?

von Weizsäcker: Ich glaube, daß Sie mit Ihrer einschrän-kenden Charakterisierung keinem der vier von Ihnen Ge-

nannten gerecht werden. Auch kann man auf Ihre Frage nicht alternativ antworten. Zunächst: es geht für uns um Einsichten, die dem Christen von seinem Glauben her zu-gänglich sind, die aber für ihre Zugänglichkeit nicht not-wendigerweise des christlichen Glaubens bedürfen. Die geschichtliche Erfahrung, die für unser Land und unsere Bevölkerung im ganzen maßgeblich ist, ist stark vom Christentum geprägt. Sie prägt also ihrerseits auch solche Bürger, die keine bewußte oder gar aktive Beziehung zu einer religiösen Überzeugung oder besonders zum Chri-stentum haben. Davon sollte auch die CDU in ihrem Pro-gramm ausgehen. Sie sollte sich zunächst auf die Erfahrung stützen, daß der Mensch immer von neuem die Frage nach dem Sinn seines Lebens und dem Sinn der Welt stellt, und zwar auch unabhängig davon, wie er zu Kirche, Christen-tum und Religion steht. Wenn wir sodann von einem christlich geprägten Menschenbild sprechen, dann meinen wir damit, daß der Mensch ein einmaliges und unaus-tauschbares, nicht auf die Gesellschaft zurückführbares Wesen ist.

HK: Aber die Union geriete doch in die Nähe eines Stein-zeitliberalismus, wenn mit der Gottunmittelbarkeit der Person diese nicht nur dem Zugriff des Kollektivs entzogen bliebe, was sicher ein originär christlicher Gedanke ist, sondern wenn damit auch die sozialen Bindungen sehr klein geschrieben würden...

von Weizsäcker: Das sehe ich nicht so. Wir stimmen durchaus darin überein, daß der Mensch eine Person ist, die ihre Freiheit durch eigene sittliche Entscheidung prak-tiziert, daß diese Freiheit aber bedingt und begrenzt ist durch die Freiheit der anderen. Mit anderen Worten: der Mensch ist auf das Zusammenleben, auf die Gemeinschaft hin angelegt. Die Verantwortung, die er für seine sittlichen Entscheidungen hat, diese Verantwortung ist aber eine personale. Das Kollektiv ist in diesem Sinne nicht verant-wortlich, verantwortlich ist die Person. Für uns ist das eine auf das christlich geprägte Menschenbild gegründete Er-kenntnis. Sie ist aber nichtsdestoweniger eine Erkenntnis, die auch von den Menschen geteilt werden kann, die keine Christen sind.

„Auch im Zustand der Säkularisierung kann deutlich werden, worauf sich Grund-werte beziehen“

HK: Kurt Biedenkopf erweckte aber mit seiner Interven-tion auf dem Grundsatzforum in Berlin durchaus den Ein-druck, als sei ihm Freiheit, jedenfalls in der Wirtschafts-ordnung, absoluter Zielwert, dem sich alles andere sozusagen instrumentell unterzuordnen habe...

von Weizsäcker: Die Äußerungen von Kurt Biedenkopf waren zweifellos sehr zugespitzt. Er und ich sind uns aber sicher in zwei Punkten einig: 1. Er war es, der mit Recht darauf hingewiesen hat, daß wir mit einem Grundsatzpro-

gramm Meinungsverschiedenheiten klären müssen und nicht nur sichtbar machen dürfen. Er selbst bezog sich in seiner Intervention vor allem auf das wirtschaftspolitische Kapitel. Und dieses Kapitel ist besonders klärungsbedürftig. 2. Im Rahmen einer solchen Klärung können nicht Freiheit der Person und Gerechtigkeit im Gemeinwesen alternativ gegenübergestellt werden. Das meint weder er noch irgend ein anderer, der sich an dieser Debatte ernsthaft beteiligt hat.

HK: Worin liegt dann in der Auseinandersetzung der eigentliche Sachkonflikt?

von Weizsäcker: Staatliche Politik hat sich bisher mit Recht um zwei Aufgaben bemüht, nämlich um die Gewährleistung der Sicherheit nach innen und außen und um die Sicherung der materiellen Bedingungen der Freiheit, d. h. um den Abbau von Not und Abhängigkeiten dort, wo sie ein Hindernis für ein Leben in freier sittlicher Entscheidung sind. Aber damit ist eine dritte, nicht weniger wichtige Aufgabe zu sehr aus dem Blickfeld geraten: Auch eine freiheitliche staatliche Politik sollte wesentlich dazu beitragen, daß der Mensch seine Freiheit als Selbstverantwortung für die eigenen Angelegenheiten und Mitverantwortung für das Leben in der Familie, in der Gemeinde und im Staat begreift. Die Maßnahmen einer freiheitlichen Politik des Staates dürfen also nicht zu dem Mißverständnis führen, als wäre die Freiheit eine Ware, die der Staat produziert und die der Bürger konsumiert, und zwar gegen Zahlung hoher Beiträge durch Steuern und Sozialabgaben. Sie besteht nicht nur darin, hoch bezahlte Leistungen vom Kollektiv abzurufen.

HK: Sie sehen dann auch keinen Gegensatz zwischen dem Festhalten am „C“ und der vom deutschen Parteiensystem her notwendigen Mehrheitsfähigkeit der Union?

von Weizsäcker: Nein. Unsere Mehrheitsfähigkeit hängt aber davon ab, was wir aus dem „C“ machen. Ich glaube, daß das, was ich versucht habe zu sagen, über die geschichtlich geprägte Erfahrung vom Menschen und seiner Sinnfrage, vom untrennbaren Zusammenhang zwischen Freiheit und Verantwortung und vom Inhalt der Freiheit als Gabe und Aufgabe, als Recht und Pflicht, daß das alles von einem Christen gesagt werden muß, daß es aber sehr wohl auch von einem Nichtchristen gesagt werden kann. In diesem Sinne ist der Name der Partei eine ständige Herausforderung an uns, aber keineswegs eine Begrenzung auf gläubige Christen. Wenn wir dieser Herausforderung gerecht werden, wird uns dies auch wesentlich bei der politischen Zielsetzung voranbringen, im Rahmen unserer Demokratie um die Übernahme der Regierungsverantwortung zu kämpfen.

HK: Sie haben auf dem Berliner Grundsatzforum der deutschen Sozialdemokratie vorgeworfen, sie habe im Godesberger Programm das Menschenbild „programmatisch zu neutralisieren versucht“ und sie sei damit ge-

scheitert. Tut die CDU spätestens seit den frühen sechziger Jahren eigentlich nicht das gleiche? Eugen Gerstenmaier hat jüngst anhand des Statuts (Art. 4) darauf hingewiesen, daß die CDU ihre Mitglieder zwar auf die Ziele ihrer Politik, nicht aber auf die Motive, mit denen die Ziele begründet werden und die vom „C“ herkommen, verpflichtet. Aus dem, was Sie jetzt sagten, höre ich ähnliches heraus. Vollzieht die CDU nicht – durch Trennung von Zielen und Motiven – genau das, was sie der SPD des Godesberger Programms vorwerfen?

von Weizsäcker: Der Streit mit der SPD ist im Zusammenhang der Behandlung von Grundwerten und Menschenbild entstanden. Die SPD hat erklärt, ihr gehe es um Grundwerte des demokratischen Sozialismus bzw. um Grundwerte des sozialistischen Wollens. Das Menschenbild aber sei Privatsache. Ich bin der Meinung, die Grundwerte dürfen nicht mit dem Bekenntnis zu einem Parteiprogramm verknüpft werden, sondern müssen darauf angelegt sein, die demokratischen Parteien für die Aufgaben im ganzen Gemeinwesen zu öffnen. Für die Konkretisierung der Grundwerte und für ihre Übersetzung in die praktische Politik ist aber der Rückgriff auf ein Verständnis vom Menschen ganz und gar unverzichtbar. Denn die Politik zielt ja auf den Menschen, und was immer man mit Hilfe der Grundwerte verwirklichen will oder unterläßt, hat in irgendeiner Form Auswirkungen auf den Menschen. Deshalb schulden ein Politiker oder eine Partei sich selbst und der Öffentlichkeit Rechenschaft über das eigene Verständnis vom Menschen. Das ist etwas anderes als Trennung von Ziel und Motiv.

HK: Hier stellen sich mir zwei Fragen: Erstens, Sie betonen sehr stark die Integrationsfunktion der Grundwerte zwischen allen politischen Kräften. Wenn ich Helmut Kohls Rede in Berlin richtig verstehe, so hat er dort in erster Linie die innerparteiliche Integrationsfunktion der Grundwerte herausgestellt. Die Grundwerte, so Kohl, hätten ihre Integrationswirkung nicht zwischen den Parteien, sondern innerhalb der Parteien. Wie erklärt sich dieser Widerspruch? Zweitens sind Grundwerte, besonders in ihrer parteipolitischen Formulierung als Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität eigentlich säkularisate, die Weltanschauung ersetzen bzw. den Zugang zu einem bestimmten Menschenbild entweder selbst abschneiden oder verdecken.

von Weizsäcker: Zur ersten Frage: Ein Grundsatzprogramm hat selbstverständlich die ganz wesentliche Aufgabe, eine Partei unterscheidbar zu machen gegenüber anderen, berechenbar für jedermann und sie in sich selbst zu integrieren. Aber das schließt nicht aus, sondern ein, daß wir innerhalb der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unserer Verfassung auf einen Grundkonsens hin angelegt sind, ohne den Demokratie gar nicht funktionieren kann. Die Parteien haben in ihrer Programmatik darauf Bezug zu nehmen. Der politische Meinungsaustausch über Grundwerte, die in den Parteien gleich

bezeichnet, aber unterschiedlich interpretiert werden, scheint mir gerade ein besonders fruchtbarer Ausdruck des Bemühens zu sein, uns klarzumachen, was gemeinsame Grundlage sein kann und wo die Grenzen sind, die uns trennen. Ich sehe hier keinen Widerspruch.

Zur zweiten Frage: Die drei Grundwerte der Freiheit, der Solidarität und der Gerechtigkeit sind zweifellos älter als alle heute im Bundestag vertretenen Parteien. Und sie leiten sich aus einer Wurzel ab, die ich durchaus als christlich bezeichnen würde; sie sind aber im Laufe der Zeit in einen Säkularisierungsprozeß geraten. Aber die Säkularisierung von Begriffen, die einmal auf dem Boden der christlichen Kultur entstanden sind, ist doch nicht notwendigerweise eine Verfälschung. Auch im Zustande der Säkularisierung kann deutlich bleiben, worauf Grundbegriffe und Grundwerte letzten Endes abzielen. Nichts anderes meinte ich, wenn ich vorhin sagte, daß man sich auf diese Grundwerte und insbesondere auf den der Solidarität und der Verantwortung als Christ beziehen kann. Insofern kann die Säkularisierung von Begriffen ihre politisch bedeutsame und hilfreiche Kraft entfalten.

„Für die SPD ist Freiheit gesamtgesellschaftliche Leistung“

HK: Wo liegt dann das Unverwechselbare der Union in bezug auf die Grundwerte, wenn diese ein Gemeingut aller Parteien sind und wenn trotz verschiedener Interpretation Übereinstimmung herrscht, daß sie nur im gegenseitigen Spannungsverhältnis interpretiert werden können?

von Weizsäcker: Es ist Auftrag aller demokratischen Parteien, sich um das notwendige Minimum im Grundkonsens zu bemühen. Daran müssen wir festhalten. Ich glaube aber, daß die Gestaltung einer freiheitlichen Politik uns heute an einen Punkt gebracht hat, wo das Unverwechselbare sehr deutlich erkennbar ist. Das Programm der SPD, insbesondere der Orientierungsrahmen '85, dessen Verabschiedung erst zwei Jahre zurückliegt, verdeutlicht noch einmal klar, daß die SPD ein anderes Verständnis von Freiheit als wir zugrunde legt. Es wird in langen Ausführungen darüber gesprochen, was alles dem Bürger zu geben, zu sichern und zu garantieren ist und wozu man ihm zu verhelfen hat. Das Motiv ist es, Privilegien abzubauen und Ungleichheiten zu beseitigen. Die Maßnahmen, die der Orientierungsrahmen programmiert, mögen im einzelnen gut oder schlecht sein, jedenfalls laufen sie in der Summe darauf hinaus, daß Freiheit eine gesamtgesellschaftliche Leistung ist...

HK: ... oder daß Freiheit durch die Gesellschaft oder das Kollektiv vermittelt wird?

von Weizsäcker: Nach diesem politischen Konzept gibt es keine Freiheit für den Bürger, solange wir in der falschen Gesellschaft leben. Wir müssen also die richtige Gesell-

schaft herstellen, und wenn sie da ist, dann ist auch die Freiheit da. Natürlich müssen wir uns um die richtige Gesellschaft bemühen. Aber die Freiheit ist mehr als das, was staatliche Politik oder was eine „Gesamtgesellschaft“ herstellen, erfüllen und sichern kann. Freiheit realisiert sich erst im Leben der verantwortlichen Person. Freiheit ist nicht durch die Gesellschaft zu realisieren, sondern nur durch auf Gemeinschaft angelegte Personen. Das ist der wesentliche Unterschied. Nun ist richtig, daß wir alle, und nicht nur eine Partei, den modernen Interventionsstaat geschaffen haben, der seine Bürger erzieht, beschäftigt und versichert und der maßgeblich seine Chancen- und Güteranteile beeinflusst. Um so stärker müssen wir den Gefahren für die Freiheit entgegentreten, die darin liegen, daß der Mensch passiv und unselbständig wird und daß er Risiken nicht mehr angemessen abschätzen und ihnen begegnen lernt.

HK: Sie sagten aber vorhin, Solidarität sei der erste Grundwert...

von Weizsäcker: der besonders wichtige und der schwierigste.

„Es kommt nicht allein auf die Sicherung der materiellen Bedingungen freiheitlicher Existenz an“

HK: Der schwierigste... da werden alle übereinstimmen. Sonst ist man aber gewohnt, zu hören, Freiheit sei nicht nur in Abhebung zur Sozialdemokratie, sondern überhaupt der entscheidende Grundwert. Dabei wird mehr oder auch weniger differenziert. Verantwortete Freiheit heißt es im Programm. Freiheit statt Sozialismus im Wahlkampf. Auf der anderen Seite wirft man dem Grundsatzentwurf vor, er fördere gerade das, was Sie jetzt kritisiert haben, nämlich den Versorgungsstaat bzw. eine Mentalität, die dem Versorgungsstaat entgegenkommt. Verträgt sich vom Staat besorgtes soziales Wohlbefinden wirklich mit verantworteter Freiheit?

von Weizsäcker: Zum ersten: Ich meinte keine Rangordnung der Grundwerte. Was ich sagen wollte, war: Solidarität ist besonders wichtig. Solidarität, so wie ich sie verstehe, als Mitverantwortung für den anderen und gerade auch dort, wo er meinen eigenen Interessen entgegensteht, ist wesentlicher Bestandteil verantworteter Freiheit. Ich halte Solidarität für die treffendste Bezeichnung dessen, worauf es bei der Fortentwicklung der Freiheit in der Politik ankomme. Zum zweiten: Unter dem Stichwort „soziales Wohlbefinden“ haben Sie mit Recht auf einen kritischen Punkt des Entwurfs hingewiesen. Ich halte es für gar kein Unglück, wenn dieser Begriff durch einen anderen ersetzt wird. Damit gemeint ist dies: Es kommt nicht allein auf die Sicherung der materiellen Bedingungen für eine freiheitliche Existenz an, sondern es gehören wesentliche Elemente aus dem nichtmateriellen Bereich dazu...

HK: Aber Wirtschaftsliberale sehen das schwer ein, und vielleicht liegt gerade hierin ein grundlegender Gegensatz in der Union.

von Weizsäcker: Das glaube ich nicht. Der Begriff des sozialen Wohlbefindens ist nicht Produkt einer Meinungsverschiedenheit, sondern Quelle eines Mißverständnisses. Gemeint ist die Einbeziehung des Immateriellen. Zum Ausdruck aber kommt eine Passivität, die nicht gemeint ist. Ich muß immer an einen Dackel denken, der auf seinem Platz so lange um sich selbst kreist, bis er wirklich die Ruhelage gefunden hat... Aber dieses Mißverständnis ist reparierbar. Dennoch leugne ich natürlich nicht, daß es um das Wirtschaftskapitel heftige Meinungsverschiedenheiten gegeben hat, die zur Klärung mehr erfordern als den Ersatz dieses mißverständlichen Begriffs.

„Begriffe sind die Folge und nicht die Ursache politischer Substanz“

HK: Die Kirche, jedenfalls die katholische, spricht über Grundwerte sehr viel handfester und extensiver als die politischen Parteien. Grundwerte sind für sie nicht nur Grundprinzipien gesellschaftlichen Verhaltens und Gestaltens, sondern auch Strukturprinzipien (Subsidiarität) und Institutionen (z.B. Familie). Würde ein Grundsatzprogramm nicht weniger blaß, wenn man das gesellschaftlich-sittliche Gesamtgeflecht von Grundwerten deutlicher ansprechen würde, wenn man schon Grundwerte in den Mittelpunkt rückt? Und wäre hier nicht ein besonderer Ansatz für das Gespräch Union-Kirche?

von Weizsäcker: Das will ich nicht leugnen. Aber wir stehen bei der politischen Grundwerte-Auseinandersetzung in einer Kontinuität oder in einem geschichtlichen Prozeß. Ich glaube, daß mit den Begriffen von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit fundamentale Anforderungen an das Zusammenleben der Menschen zutreffend formuliert sind. Freilich sind es zunächst abstrakte Begriffe. Wenn die Kirchen drängend danach fragen, welche Folgen wir damit für die Strukturprinzipien und Institutionen und insbesondere für das Leben als den entscheidenden Wert ziehen, dann ist dies nur gut. Aber ich glaube, daß wir nicht viel davon gewinnen, wenn wir in eine Definitionsdebatte eintreten würden, ob wir nicht die formulierten politischen Grundwerte ersetzen oder ergänzen sollten durch andere. In dem, was politisch zu fordern und zu gestalten ist, wird es, meiner Meinung nach, ohnehin auf dasselbe hinauslaufen.

HK: Wenn ich es richtig sehe, bringt die Programmdiskussion eigentlich wenig Auseinandersetzung mit den meinungsbeherrschenden, gesellschaftlichen Leitideen. Emanzipation kommt nur in Zusammenhang mit Partnerschaft vor. Der Leistungsbegriff, der im ökonomischen wie im pädagogischen Bereich stark in die Debatte bzw. in Verruf gekommen ist, wird kaum durchleuchtet. Es wird

dadurch nicht sehr klar, welches Bild die CDU von der Gesellschaft hat.

von Weizsäcker: Die Programmdiskussion erbringt das schon deutlicher, ausführlicher und schärfer als der Programmtext selbst. Ein Grundsatzprogramm muß in straffer Form vorgelegt werden. Wir werden durch zahlreiche Vorschläge zwar zu vielerlei Verbesserungen kommen, aber nicht zu einer großen Erweiterung des Katalogs der Aussagen. Wir haben ja, wie Sie wissen, während der Vorbereitung des Entwurfs zweimal Zwischenberichte der Grundsatzkommission der Öffentlichkeit vorgelegt. In diesen Berichten ist über umstrittene Leitideen viel enthalten, auch über Gesellschaftsanalyse. Es ist in der Tat ein verständlicher und berechtigter Wunsch, gewissermaßen eine Kommentierung zu einem gestrafften Grundsatzprogrammtext zu erhalten, in der man sich sowohl in der Analyse verständlicher machen als sich auch mit Gedanken, die von politischen Konkurrenten kommen, auseinandersetzen kann. Ein Grundsatzprogrammtext selbst ist nur das Ergebnis dieser Analyse und dieser Auseinandersetzung.

HK: Das scheint mir aber kein Problem der textlichen Konzeption, sondern ein Problem der politischen Aussage zu sein. In den letzten Jahren ist besonders im Unionslager viel von der Besetzung der Begriffe gesprochen worden. Wer die rechten Begriffe zur rechten Zeit „besetze“, der gewinne in der öffentlichen Meinung und finde die nötige Rüstung für die geistige Führung. Fehlt es da nicht ein bißchen an Mut?

von Weizsäcker: Die Begriffe sind wichtig, aber die Begriffe sind die Folge und nicht die Ursache und schon gar nicht der Ersatz für politische Substanz. Die politische Substanz in der gestrafften Form vorzulegen ist die Aufgabe des Grundsatzprogramms. Was vorgelegt ist, bedarf der Kritik und Verbesserung. Aber die vielberufene geistige Führung ist nicht automatische Folge bestandener Mutproben in der Besetzung von Begriffen. Ich leugne indessen nicht, daß es auch andere Programmarten gibt, bei denen der eigentliche Programmtext gewissermaßen in Thesenform vorgeführt wird und in der Erläuterung der Thesen dann besser auf die Bedürfnisse eingegangen wird, von denen Sie jetzt sprechen. Das wäre dann ein anderes Modell.

HK: Was wären dann zusammenfassend die mittel- und langfristigen gesellschaftspolitischen Prioritäten, die zur Substanz der Politik der Union gehören?

von Weizsäcker: Ich finde, das Entscheidende ist, freiheitliche Politik fortzusetzen in Richtung auf Selbst- und Mitverantwortung durch die Bürger. Ferner ist es notwendig, den Staat als Institution frei verantwortlicher Bürger füreinander zu verstehen. Der Staat ist nicht letztinstanzliche Autorität, die über das Gute, Wahre und Schöne zu befinden hat; das tut nur ein totalitärer Staat. Dennoch ist der Staat eine Institution, eine haltende Einrichtung, die wir

brauchen, um die Gesellschaft nicht nur den Ergebnissen von Gruppenkämpfen zu überlassen. Dies ist ein wesentlicher Unterschied zwischen unserem Grundsatzprogramm und dem Orientierungsrahmen der SPD. Im Orientierungsrahmen wird der Gedanke, daß der Staat das Gemeinwohl gegenüber den im Wettbewerb befindlichen Gruppen zu sichern habe, schlicht gelehnt. Damit will die SPD dem Mißbrauch des Gemeinwohls entgegenreten, wie wir es im Dritten Reich erlebt haben und in anderen totalitären Staaten immer wieder beobachten können. Aber damit werden nur andere und für uns weit gegenwärtigere Gefahren übersehen oder eigentlich gefördert. Gruppenkampf führt keineswegs von selbst zum Gemeinwohl. Außerdem kämpfen nur starke Gruppen. Aber es gibt viele Interessen, Notstände und Schicksale, die sich gar nicht in Gruppenform organisieren lassen, die über keine lautstarke Vertretung verfügen, und die als Minderheiten hinten herunterfallen. Es ist wesentliches Stück Gemeinwohlaufgabe des Staates, hier einen gerechten Ausgleich durchzusetzen.

„Letzten Endes muß der Staat sittliche Normen gewährleisten“

HK: Sie sprechen von der „Neuen sozialen Frage“, von der Nell-Breuning sagt, sie sei keine neue, sondern behandle höchstens vernachlässigte alte Fragen. Kommt hier der ordnungspolitische Aspekt neben dem verteilungspolitischen, sofern sich in unserer konkreten Situation der verknappten Mittel überhaupt beide auseinanderhalten lassen, zu kurz? Mir fällt in dem Zusammenhang z. B. auf, daß der Entwurf sich wenig mit dem Problem der Machtkontrolle befaßt, die doch eine primäre Staatsaufgabe und vielleicht heute *das* soziale wie politische Führungsproblem im Blick auf die Zählung formierter Gruppeninteressen überhaupt ist.

von Weizsäcker: Ich habe gar keinen Zweifel, daß alle Gruppen und Einrichtungen, vor allem wenn sie über große gesellschaftliche Macht verfügen, dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Nicht nur das Eigentum verpflichtet, sondern auch Gruppenmacht in der Gesellschaft. Kontrollieren kann dies nur der Staat, wer soll es sonst tun? Aber zu Ihrer anderen Frage: Es hat eine Auseinandersetzung gegeben, ob Ordnungspolitik oder Verteilungspolitik zu sehr die Oberhand habe. Ich glaube, daß die Frage nicht alternativ beantwortet werden kann. Man muß von der immer neuen sozialen Frage sprechen. Die Verhältnisse wandeln sich. Nicht jeder Notstand, der vor 30 Jahren einmal mit Recht erkannt und bearbeitet wurde, bleibt unverändert. Jeder soziale Besitzstand muß laufend überprüft werden. Zugleich brauchen wir Aufmerksamkeit für neue Probleme, und dabei geht es sowohl um ordnungspolitische Aspekte, nämlich darum, daß das nicht oder

nicht angemessen vertretene Interesse auch zu seinem Recht kommt, als natürlich auch darum, daß nicht jeder Notstand nur durch ordnungspolitische Regelung behoben werden kann.

HK: Sie haben im Blick auf den Orientierungsrahmen '75-'85 den Sozialdemokraten vorgeworfen, sie stellten den Staat gewissermaßen zur Disposition der Gesellschaft. Helmut Kohl attestierte in Berlin den Sozialdemokraten generell, sie hätten „ein gebrochenes Verhältnis zum Staat“. Man hat aber den Eindruck, dieser Vorwurf lasse sich auch gegen die Union wenden. Jedenfalls sieht es so aus, als ob in dem Programmentwurf der Staat mehr als Versorgungs- denn als Ordnungsinstanz geschildert würde.

von Weizsäcker: Da kann ich Ihnen gar nicht folgen. Lesen Sie einmal im Vergleich die Aussagen über den Staat im Grundsatzprogrammentwurf der CDU und im Orientierungsrahmen der SPD. Das sind zwei ganz verschiedene Welten. Aber alles kann verbessert werden, selbstverständlich auch das Staatskapitel in unserem Entwurf. Im ersten Bericht der Grundsatzkommission waren die Staatsaussagen klarer, gestraffter, plastischer. Freilich hatte manches Wichtige gefehlt. Neue Punkte sind in der Diskussion hinzugetreten. Sie haben nicht die Richtung der Aussagen verändert. Aber das Ganze ist etwas ausgefult und dadurch weniger prägnant. Vor allem ein Problem muß konzentriert dargestellt werden. Die Menschen haben sich allzusehr daran gewöhnt, vom Staat die Erfüllung von Wünschen und bei technischer Stabilisierung die Abnahme von Risiken zu erwarten. Letzten Endes aber muß der Staat sittliche Normen gewährleisten und Verantwortung und Verpflichtung begründen und nicht nur Risiken abnehmen und Wünsche erfüllen.

HK: Mit der Gewährleistung ethischer Normen ist der auf Konsens angewiesene demokratische Staat aber bald überfordert ...

von Weizsäcker: Es ist eine schwierige Aufgabe, gewiß. Aber deshalb dürfen wir doch nicht kapitulieren. Im Gegenteil, es ist um so dringlicher, auf dieses Feld hinzuweisen. Wir wären bald am Ende, würden wir uns damit abfinden, den Staat nur noch als Dienstleistungsmaschinerie zu verstehen, die von den Wünschen und Wertvorstellungen gesteuert und abhängig ist, welche ihrerseits sich im Gruppenkampf und Kräfteressen der Gesellschaft bilden und wandeln. Schon unsere Verfassung hat sich – im Gegensatz zu Weimar – ethischen Normen und Inhalten ausdrücklich verpflichtet. Auch gibt es, wie Hans Maier mit Recht gesagt hat, nicht nur die normative Kraft des Faktischen, sondern auch die normative Kraft des Normativen, also auch z. B. der staatlichen Gesetzgebung. Der Staat ist eine haltende Kraft, die der Mensch für sein Zusammenleben unter Freien braucht.